

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 9

Artikel: Bürgerkrieg im Jemen : Hintergründe, Akteure, Interessen

Autor: Serr, Marcel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-730691>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bürgerkrieg im Jemen – Hintergründe, Akteure, Interessen

Noch vor einigen Jahren galt der Jemen als eine der wenigen Erfolgsgeschichten des sogenannten Arabischen Frühlings. 2012/2013 war das Land auf gutem Weg zu einer demokratischeren Regierung. Doch spätestens seit 2014 versinkt der Jemen im Bürgerkrieg.

Marcel Serr

Durch die Intervention einer von Saudi-Arabien geführten arabisch-sunnitischen Allianz droht der Konflikt zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Riad und Teheran zu werden. Dabei ist der Jemen ohnehin schon eines der ärmsten Länder der Welt. Der Human Development Index listet den Jemen auf Rang 168 von 188 Ländern. Die jemenitische Bevölkerung leidet unter Wasser- und Nahrungsknappheit. Rund 60 Prozent der 27 Mio. Jemeniten sind von humanitärer Hilfe abhängig.

Gleichzeitig kommt dem Jemen geostrategisch eine hohe Bedeutung zu. Das Land grenzt nicht nur an Saudi-Arabien, einen der wichtigsten Ölförderstaaten, sondern liegt an der Bab al-Mandab-Meerenge, die die strategische Verbindung zwischen dem Indischen Ozean und dem

Mittelmeer via Rotes Meer und Suezkanal darstellt. Etwa drei bis vier Prozent der globalen Ölvorräte passieren die Meerenge täglich. Hinzu kommt eine sicherheitspolitische Komponente: Der Jemen ist primärer Rückzugsort und Operationsbasis von Al-Qaida in the Arabian Peninsula (AQAP), dem derzeit bedrohlichsten Al-Qaida Franchise.

Es gibt also gewichtige Gründe, die Entwicklungen im Jemen im Blick zu behalten. Dieser Beitrag soll daher die Hintergründe, Akteure und ihre Interessen beleuchten. Ein weiterer Artikel in der ASMZ

Jemens international anerkannter Präsident Hadi, hier im Bild mit dem früheren US-Aussenminister John Kerry bei einem Treffen in Saudi-Arabien. Hadi verfügt über keine eigene Machtbasis im Jemen.

Bilder: Wikimedia Commons



10/2017 wird die aktuellen Entwicklungen und sicherheitspolitischen Implikationen in den Blick nehmen.

Hintergründe

Das bergige Terrain und die tribale Sozialstruktur des Jemen haben das Land traditionell schwer regierbar gemacht. Bis heute besitzt kein einzelner Akteur das Monopol über bewaffnete Kräfte. Diese Problematik ist ein gewichtiger Faktor in der fortwährenden Eskalation des gegenwärtigen Bürgerkrieges.

Die Bevölkerung ist beinahe vollständig muslimisch. Schiitische Zaiditen leben insbesondere im Norden des Landes und stellen etwa ein Drittel der Bevölkerung. Der Rest der Jemeniten ist überwiegend sunnitisch.

Zwischen dem 9. Jahrhundert und 1962 herrschten verschiedene zaiditische Dynastien über den Jemen. Erst in den 1960er Jahren veränderte sich die politische Landkarte: Im Norden entstand die Arabische Republik Jemen; im Süden gründete die lokale kommunistische Bewegung die Demokratische Volksrepublik Jemen.

Während die 1970er Jahre von zwischenstaatlichen Konflikten geprägt waren, verbesserten sich die bilateralen Beziehungen Mitte der 1980er Jahre. Im Jahr 1990 vereinigten sich der Norden und Süden zur Republik Jemen. Erster Präsident wurde der vorherige Herrscher über Nord-Jemen, Ali Abdullah Saleh. Dieser verstand es in den folgenden Jahren, die Macht in seiner Familie zu konzentrieren. Die Korruption durchdrang jeden Bereich des Staates und das Land blieb das ärmste in der arabischen Welt.

Saleh verschlimmerte die internationale Position des Jemen 1990/91 zusätzlich, indem er sich im Golfkrieg auf Seiten Saddams positionierte. Washington strich umgehend die Wirtschafts- und Entwicklungshilfen; Riad wies über 800 000 jemenitische Gastarbeiter aus,

was die Wirtschaft Jemens in eine ernsthafte Krise stürzte.

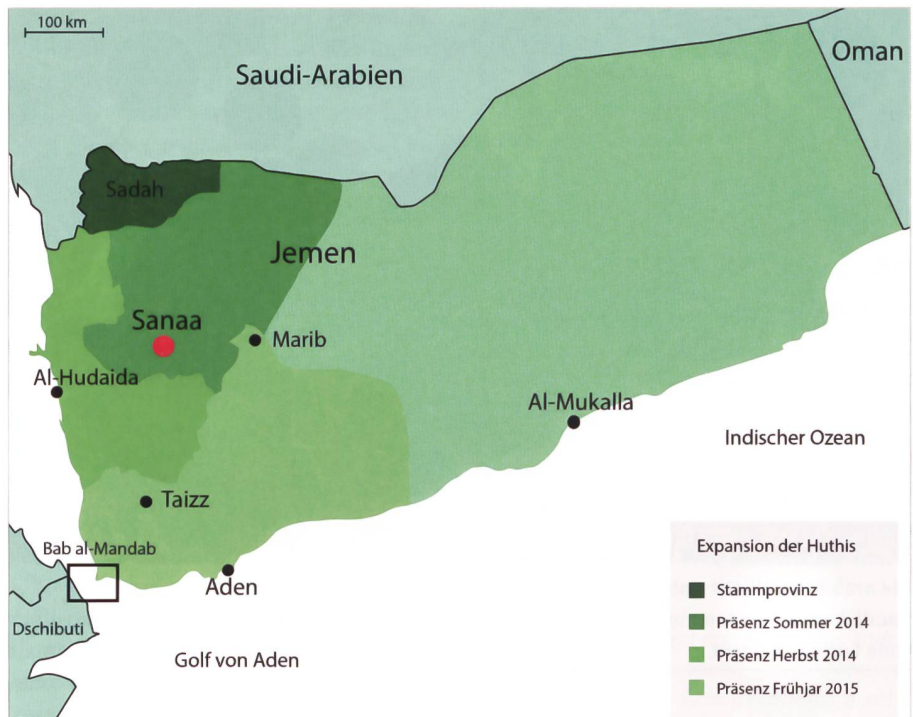
Im Jahr 2000 attackierten Al-Qaida-Terroristen das amerikanische Kriegsschiff USS Cole im Hafen von Aden mit einem Selbstmordangriff. Ein Jahr später rückten die Terroranschläge vom 11. September die Gruppe um Osama Bin Laden ins Visier der USA. Der Jemen wurde zu einem Schauplatz des Krieges gegen den Terror. Saleh diente sich der Bush-Administration nun als Verbündeter im Kampf gegen Al-Qaida an. Daher verbesserten sich die bilateralen Beziehungen zu den USA wieder.

Der «Arabische Frühling» im Jemen

Im Jahr 2011 erschütterten Aufstandsbewegungen die autoritären Regime der arabischen Welt – angefangen von Tunesien über Ägypten bis hin zum Jemen. Dort forderten junge Jemeniten Anfang 2011 in Demonstrationen Präsident Saleh zum Rücktritt auf. Rasch schaffte es die Bewegung, eine breite öffentliche Basis zu finden und auch etablierte Parteien schlossen sich an. Mitte 2011 erschütterten gewalttätige Strassenschlachten Sanaa und andere Städte. Die Regierung konzentrierte schliesslich die Streitkräfte im Zentrum, um das Regime zu schützen. Damit entstand ein Machtvakuum in der Peripherie, wo Islamisten und Separatisten zunehmend die Kontrolle übernahmen.

Im November 2011 gab Saleh nach und stimmte einem Übergangsplan des Golf Kooperationsrates (GKR) zu, der ihm Immunität im Gegenzug zu seiner Abdankung zusicherte. Im Februar 2012 fanden Präsidentschaftswahlen statt – allerdings mit nur einem Kandidaten: dem früheren Vizepräsidenten Abed Rabbo Mansour al Hadi. Als Teil eines Übergangsmechanismus wurde eine Nationale Dialog Konferenz ins Leben gerufen, die eine Verfassungsreform erarbeiten sollte. Doch die Versammlung löste sich im Januar 2014 ergebnislos auf, da sich der Norden und Süden nicht über eine zukünftige Gestaltung eines föderalen Regierungssystems einigen konnten; im Süden war der Wunsch nach Unabhängigkeit dabei ausschlaggebend. Damit blieb der Transformationsprozess in einer kritischen Phase stecken.

Die Huthis, eine schiitische Bewegung im Norden des Landes, nutzten die zunehmende Frustration in der Bevölkerung, um eine Offensive gegen Hadi zu starten. Ihre



Die Expansion der Huthis 2014/2015.

Bild: Autor

Kampagne gipfelte im September 2014 in der Einnahme Sanaas und weiter Gebiete im Norden und Westen Jemens. Grosse Teile der jemenitischen Sicherheitskräfte, viele dem ehemaligen Machthaber Saleh noch eng verbunden, unterstützten den Vorstoss der Huthis. Damit wurde klar, dass die schiitischen Rebellen eine Allianz mit Saleh eingegangen waren.

Ali Abdullah Saleh beherrschte zunächst Nord-Jemen (1978–1990) und nach der Wiedervereinigung die Republik Jemen bis 2011. Er baute sich in seiner über 30-jährigen Herrschaft ein breites Netzwerk auf. Saleh will zurück an die Macht und Rache an seinen Gegnern nehmen.

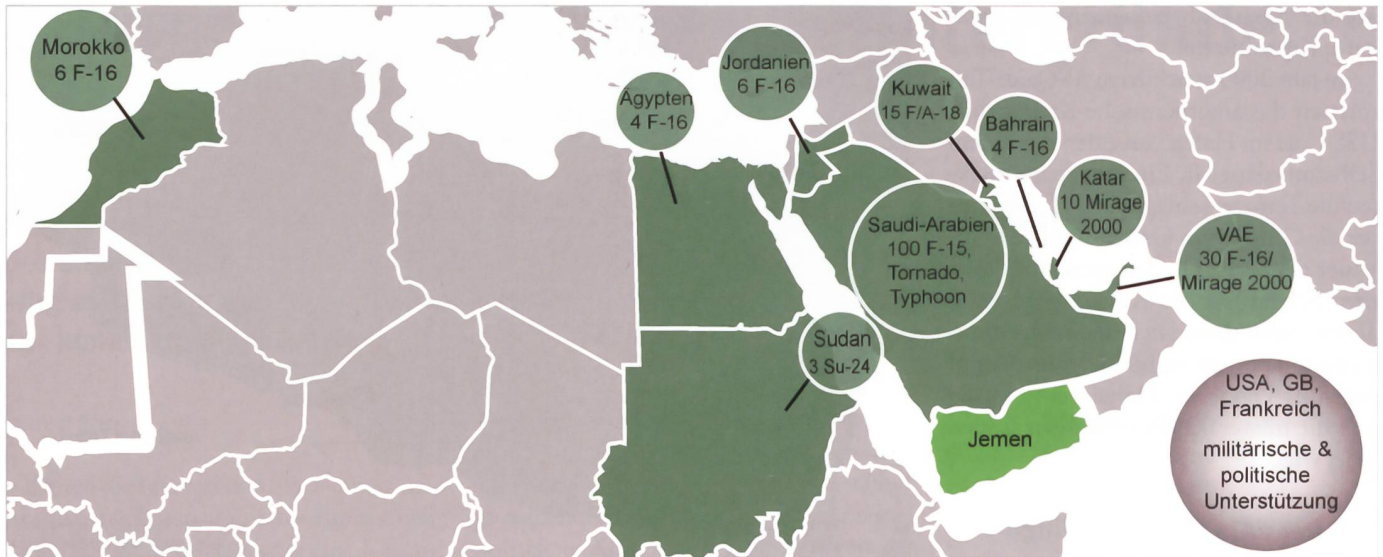


Die Huthis begannen umgehend, eine Schattenregierung einzurichten. Im Januar 2015 verstärkten sie ihren Griff auf die Hauptstadt, indem sie die Regierung Hadi de facto unter Hausarrest setzten. Einige Wochen später etablierten sie einen «Revolutionsrat» und andere Regierungseinrichtungen. Damit machten sie den Staatsstreich komplett.

Hadi gelang schliesslich die Flucht nach Aden, in den Süden des Landes. Dort erklärte er die Verlautbarungen der Huthis als unrechtmässig und betonte, dass er die einzig legitime Regierung darstelle. Hadi sammelte nun eine Anti-Huthis/Saleh Allianz um sich.

Derweil stiessen die Huthis gen Süden vor und versuchten, das gesamte Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Im März 2015 schickten sie sich an, Aden zu belagern. Hadi floh daraufhin nach Saudi-Arabien.

Die Expansion der Huthis entfremdete grosse Teile der jemenitischen Bevölkerung, insbesondere die urbanen Eliten, Separatisten und Salafisten. Einige südliche und zentrale Provinzen erklärten, keine Weisungen aus dem Huthis-besetzten Sanaa entgegenzunehmen. Im Süden wurden die Rufe nach Unabhängigkeit immer lauter. Am stärksten aber profitierten AQAP und der Islamische Staat von den Unruhen im Jemen. Für sie sind die schiitischen Huthis ein ideales Feindbild –



Die arabische Allianz unter Führung von Saudi-Arabien versammelt eine eindrucksvolle Luftstreitmacht. Bild: Autor

handelt es sich doch aus salafistischer Perspektive um Häretiker. Beide Gruppen sind die Nutzniesser des Staatszerfalls, indem sie Gebiete erobern und dort quasi-staatliche Strukturen errichten.

Im März 2015 eskalierte der Konflikt schliesslich mit der militärischen Intervention einer von Saudi-Arabien geführten Koalition sunnitisch-arabischer Staaten. Aus saudi-arabischer Perspektive handelt es sich bei den Huthis um eine Marionettenmiliz des schiitischen Iran, des saudi-arabischen Erzfeindes und Hauptkonkurrenten um die regionale Vorherrschaft. Deklariertes Ziel von Operation Decisive Storm war es, den Vormarsch der Huthis zu stoppen und Hadis Regierung wiederherzustellen.

Akteure, Allianzen, Interessen

Die Kontrahenten in Jemen lassen sich in zwei Blöcke unterteilen: Zum einen die Huthis-Saleh-Allianz, die Unterstützung durch den Iran unterhält; zum anderen eine unübersichtliche anti-Huthi-Fraktion, die sich auf die Hadi-Regierung stützt und von der arabischen Koalition unterstützt wird. Beide Blöcke bestehen aus Akteuren, die zum Teil gegensätzliche Interessen verfolgen.

Der Huthis-Saleh-Block

Die Huthis (auch bekannt als Ansar Allah, die Partisanen Gottes) sind ein prominenter zaiditischer Stamm, der direkte Nachkommenschaft vom Propheten Mohammed beansprucht. Ihr Ziel ist die Wie-

dererrichtung der Zaidi-Herrschaft über den Jemen. Sie verstehen ihr Handeln als Reaktion auf die wahhabitische Missionierung in schiitischen Gegenden und die generelle Einflussnahme Saudi-Arabiens im Jemen. Die Huthis unterhalten eine Miliz von 20–30000 Kämpfern.

Ex-Präsident Saleh verfügt über ein weitverzweigtes Netzwerk, das er in seiner mehr als 30-jährigen Herrschaft aufgebaut hat. Er kooperiert mit den Huthis aus politischem Überlebenstrieb. Dennoch ist die Zusammenarbeit zwischen den Huthis und Saleh überraschend, denn 2004–2010 haben die beiden mehrere Kriege gegeneinander ausgefochten. Daher ist ihre Allianz wie alle politischen Zweckbündnisse äusserst instabil. So sind viele Unterstützer Salehs stolz darauf, einer säkularen Partei anzugehören und betrachten die Huthis als religiöse Radikale. Die Huthis sehen Saleh und seine Unterstützer hingegen als Teil der korrupten Vergangenheit.

Ein gewichtiger Faktor des Huthi-Saleh-Blocks ist die Unterstützung des Iran. Saudi-Arabien wirft den Huthis vor, iranische Stellvertreter zu sein und behauptet, dass Teheran den Aufständischen militärisches Gerät, Beratung und Ausbildung bereitstellt. Auch wenn das tatsächliche Ausmass iranischer Unterstützung umstritten ist, gilt als weithin gesichert, dass Teheran den Huthis begrenzte militärische Unterstützung zukommen lässt – in erster Linie leichte und mittelschwere Waffen. Der Iran bezweckt damit, Saudi-Arabien im Jemen militärisch zu binden.

Die iranischen Waffenlieferungen fallen zwar deutlich geringer aus als die Unterstützung, die die arabischen Staaten dem Anti-Huthis/Saleh-Block zukommen

lassen, doch nach Berichten von US-amerikanischen Offiziellen sind die iranischen Waffenlieferungen in den letzten Monaten angestiegen. Mittlerweile liefert der Iran fortschrittliche Waffensysteme, die es dem Huthis-Saleh-Block erlauben, die militärische Überlegenheit der arabischen Allianz teilweise zu neutralisieren. Bei-



Saudi-Arabiens Verteidigungsminister Mohammed bin Salman ist das Gesicht der arabischen Militäroperation. Seine weitere politische Karriere ist eng mit dem Ausgang der Intervention verbunden.

spielsweise lassen die Huthis Drohnen in die Radarsysteme der Patriot-Stellungen der Saudis fliegen, um diese unschädlich zu machen. Anschliessend feuern sie Raketen nach Saudi-Arabien oder in Truppenstützpunkte der arabischen Allianz.

Alles in allem ist der Iran derzeit noch keine entscheidende Instanz in der Ent-

scheidungsfindung der Huthis. Daher können diese bislang nicht als direkte iranische Stellvertreter bezeichnet werden. Mit einer weiteren Eskalation des Bürgerkriegs kann sich dies jedoch ändern.

Der Anti-Huthi/Saleh-Block

Die Allianz der Huthis/Saleh-Gegner ist am stärksten im Süden und Osten vertreten; ihre Kampfkraft ist aber in hohem Masse von externer politischer und militärischer Unterstützung abhängig. Das einzige einigende Moment des Blockes ist die Gegnerschaft zu den Huthis.

Die Hadi-Regierung ist die wichtigste und gleichzeitig unbedeutendste Komponente des Anti-Huthis/Saleh-Blocks. Als international anerkannte Regierung ist Hadi Kern der saudi-arabischen Begründung für die Intervention. Aber abgesehen von seiner legitimationsstiftenden Funktion ist Hadis politisches Überleben allein vom Wohlwollen seiner Gönner am Golf abhängig.

Die Mehrheit der Anti-Huthis/Saleh-Kämpfer stellen die Separatisten im südlichen Jemen. Seit Jahren sind die Jemeniten im Süden von der Wiedervereinigung enttäuscht; sie fühlen sich als Staatsbürger zweiter Klasse. Der Krieg hat den Hass auf den Norden und den Wunsch nach Unabhängigkeit nur noch verstärkt. Die Separatistenbewegung Hirak fordert daher die Wiederauferstehung Süd-Jemens. Auch wenn die Separatisten gemeinsam mit der Hadi-Regierung gegen die Huthis kämpfen, sind sie Hadi feindlich gesonnen, weil dieser eine Sezession des Südens ablehnt. Allerdings verfügen die Separatisten über keine kohärente Führungsstruktur; ausserdem bestehen regionale und ideologische Differenzen. Daher sind sie wenig effektiv.

Eine entscheidende Komponente der Anti-Huthi/Saleh-Allianz sind die sunnitischen Islamisten – ein grosses Spektrum an Gruppen mit unterschiedlichen politischen Ambitionen. Was sie eint, ist ihre religiöse Feindschaft gegenüber den schitischen Huthis. Die wichtigste Gruppe ist Islah, eine politische Partei, die den jemenitischen Zweig der Muslimbruderschaft, Salafisten und tribale Komponenten vereint. Allerdings verfügt Islah über keine eigene stehende Miliz. Daher ist sie auf ein Netzwerk von Stammeskämpfern und loyale Angehörige der regulären Streitkräfte angewiesen. Ähnlich wie die Separatisten ist Islah eher durch die Feindschaft gegenüber den Huthis motiviert als durch die Nähe zur Hadi-Regierung.

Entscheidend für die Anti-Huthi/Saleh-Gruppe ist die massive Unterstützung durch externe Akteure, insbesondere durch Saudi-Arabien, das die militärische Intervention unter enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Arabischen Emiraten anleitete. Riad betrachtet den Bürgerkrieg im Jemen als Konflikt zwischen der legitimen Regierung und einer vom Iran gelenkten Miliz, die die Stabilität der gesamten Arabischen Halbinsel gefährdet.

Von Anfang an waren König Salman und sein ehrgeiziger Sohn, Verteidigungsminister Mohammed, sehr um eine internationale Sanktionierung der Intervention bemüht. Daher war es ein erklärtes Ziel, die international anerkannte Regierung wieder vollständig einzusetzen. Der UN-Sicherheitsrat folgte Saudi-Arabien dahingehend mit der Resolution 2216 (April 2015), indem er sich voll auf die Seite Hadis stellte.

Die USA, Grossbritannien und Frankreich unterstützen die arabische Kriegesallianz mit kritischer Militärhilfe und politischer Deckung im Sicherheitsrat. Für die USA handelt es sich dabei um den Preis für Riads Tolerierung des Nuklearabkommens mit dem Iran. Ausserdem wollen die USA verhindern, dass Jemen zu einem sicheren Hafen für Terroristen wird. Jüngste Entwicklungen haben zudem Befürchtungen Washingtons hinsichtlich der Bewegungsfreiheit im Roten Meer bestätigt. Neben dem Angriff auf eine saudi-arabische Fregatte, kam es bereits zu Angriffen auf ein Schiff der US Navy sowie auf Handelsschiffe.

Ausblick

Ein Ende der Kampfhandlungen ist nicht in Sicht. Keine Kriegspartei konnte bislang die Oberhand gewinnen. Die arabische Intervention hat dagegen den iranisch-saudi-arabischen Konflikt erheblich angeheizt. Die humanitäre Situation ist durch die militärische Eskalation zudem verschlimmert worden. Derweil profitiert lediglich AQAP vom Chaos und weitet ihr Netzwerk unter der sunnitischen Bevölkerung aus. Diese Entwicklungen werden im nächsten Beitrag weiter ausgeführt. ■



Marcel Serr
Magister Artium
IL-Jerusalem/Israel

Cyber Observer

An der University of Cambridge hat man ein Verfahren entwickelt, mit dem man die charakterliche Beschaffenheit einer Person anhand ihrer «Likes» auf Facebook bestimmen kann. Manche mögen Sportautos, andere Uhren oder Modeartikel. Anhand eines jeden Like lassen sich statistische Rückschlüsse auf Geschlecht, Alter, Bildungsstand und politische Ausrichtung ziehen. Die Werbeindustrie im Netz lebt schliesslich davon, möglichst zielgerichtet ihre Produkte an die Käuferschaft bringen zu können.



Mit der Analyse von nur zehn Likes kann schon die Genauigkeit gewährleistet werden, die ein Arbeitskollege erreichen würde. Für die Genauigkeit, die ein Familienmitglied erreichen könnte, braucht es ein Vielfaches davon. Und um die Genauigkeit des Lebenspartners zu erreichen, werden Likes im dreistelligen Bereich erforderlich.

Datensparsam sind nur die wenigsten, vor allem auf Facebook. Und so ist es nicht unüblich, dass genug Datenmaterial vorhanden ist, um eine sehr genaue Analyse vorantreiben zu können.

Problematisch ist dies dann, wenn dadurch sozial umstrittene Eigenschaften offenbart werden können. Mit dem geschilderten Ansatz ist es zum Beispiel mit hoher Genauigkeit möglich, die sexuelle Orientierung einer Person erkennen zu können. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis in Staaten, in denen gleichgeschlechtliche Partnerschaften verboten sind, solche Analysen eingesetzt werden. Systematische Repressalien werden die Folge davon sein.

Dies soll daran erinnern, dass uns Daten durchsichtig machen. Datensparsamkeit vermag diesen Trend zu verlangsamen. Ganz verhindern können wir ihn über kurz oder lang aber nicht, denn mit jeder Aktivität hinterlassen wir Spuren. Unsere Gesellschaft sollte sich deshalb langsam Gedanken machen, was in Zukunft passieren wird, wenn es so etwas wie Privatsphäre de facto nicht mehr geben können wird.

Oblt (Zivilschutz) Marc Ruef
Head of Research, Würenlos